



Forderungen der Erwerbslosengruppe der IG Metall Bielefeld zur Bundestagswahl

In einer Zeit, in der Schutzschirme für Banken aufgespannt werden, fordern wir einen sicheren Schutzschirm für die Erwerbslosen. Die Wirtschaftskrise kann nur bewältigt werden, wenn Menschen mit geringem Einkommen wieder stärker in den Wirtschaftskreislauf integriert werden. Wir fordern auch Verbesserungen für die mindestens 1,2 Millionen Beschäftigten, die bundesweit auf ergänzende Hartz IV-Leistungen angewiesen sind.

Im Regelsatz für Erwachsene sind etwa 16 Euro im Monat für die Mobilität, 22 Euro im Monat für Strom und etwa 4 Euro am Tag für die Ernährung enthalten. Jeder Erwerbslose spürt: Hartz IV reicht immer weniger zum Leben. Der Regelsatz wurde in den letzten 4 ½ Jahren durch Preissteigerungen und eine Mehrwertsteuererhöhung laufend gekürzt. Die Anhebung von 345 auf 359 Euro ist nur „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Erwerbslose geben jeden Euro mehr schnell wieder aus. - Das ist anders, als bei Steuersenkungen für Besserverdienende.

Wir fordern die Anhebung des Regelsatzes für alleinstehende Erwachsene auf 440 Euro (mindestens) bis 500 Euro (besser). Wir fordern weiterhin die zeitnahe Anpassung der Regelsätze an die steigenden Lebenshaltungskosten.

Der Deutsche Kinderschutzbund geht von 2,6 Millionen Kindern in Armut aus. Das Kindergeld wird auf Hartz IV angerechnet. Im Regelsatz ist kein Geld für Schulsachen vorhanden.

Wir fordern eine elternunabhängige ausreichende Grundsicherung für Kinder.

Nur in einer Ehe oder Lebenspartnerschaft verpflichten sich Paare, füreinander einzustehen. „Eheähnliche Gemeinschaften“ werden oft beendet, wenn bei Hartz IV das Einkommen des Partners angerechnet werden soll.

Wir fordern, dass bei „Eheähnlichen Gemeinschaften“ das Einkommen des Partners nicht angerechnet wird.

Nicht nur in Bielefeld müssen sich tausende Hartz IV-Berechtigte eine neue Wohnung suchen, weil sie angeblich „zu teuer“ wohnen, oder erhalten nur einen Teil der tatsächlichen Unterkunftskosten bezahlt. Bundesweit sind viele durch Zwangsumzüge betroffen.

Wir fordern eine gesetzliche Regelung, die Zwangsumzüge bundesweit zur Ausnahme macht.

Durch die niedrigen Vermögensfreibeträge müssen Erwerbslose in kurzer Zeit nur von den Regelleistungen leben. Oft genug muss auch das Sparbuch der Kinder erhalten. Von den geringen Beiträgen zur Rentenversicherung können Hartz IV-Berechtigte praktisch keine Rentensteigerung erzielen.

Wir fordern höhere Vermögensfreibeträge für Erwerbslose. Wir fordern auch höhere Freibeträge für die Alterssicherung.

Erwerbslosen, die an Fortbildungs- oder Beschäftigungsmaßnahmen von oft zweifelhafter Qualität nicht teilnehmen wollen, werden die Leistungen gekürzt oder gestrichen.

Wir fordern: Die Teilnahme an Fortbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen muss freiwillig sein.

Schikanen und Sanktionen sind in Behörden, die Hartz IV umsetzen, an der Tagesordnung. Auch Kinder von Betroffenen leiden unter drastischen Kürzungen des Regelsatzes. Vermehrt werden Detektive auf Erwerbslose angesetzt und Hausbesuche durchgeführt.

Wir fordern: Schluss mit Schikanen und Sanktionen für Erwerbslose. Die ausufernde Schnüffelpraxis muss beendet werden.

Junge Erwachsene unter 25 Jahren werden der Bedarfsgemeinschaft der Eltern zugerechnet. Statt einer echten beruflichen Perspektive erhalten viele besonders schwere Sanktionen.

Wir fordern, dass junge Erwachsene nicht mehr der Bedarfsgemeinschaft der Eltern zugerechnet werden. Wir fordern eine Ausbildungsumlage für mehr Ausbildungsplätze.

1-Euro Jobs machen tariflich bezahlten Arbeitsplätzen Konkurrenz und sind, genau betrachtet, staatlich subventionierte Schwarzarbeit. Der Bundesrechnungshof kam 2008 zu dem Ergebnis: Ein-Euro-Jobs sind kein geeignetes Mittel, Erwerbslose zurück auf den Arbeitsmarkt zu bringen. Vielmehr verdrängen sie reguläre Arbeitsverhältnisse. In zwei Dritteln dieser „Arbeitsgelegenheiten“ seien die Fördervoraussetzungen nicht erfüllt.

Wir fordern: Erwerbslose brauchen richtige Arbeit zu tariflichen Löhnen und mit vollen Arbeitnehmerrechten. 1-Euro Jobs müssen durch öffentlich geförderte Beschäftigung in regulären tariflich bezahlten Arbeitsverhältnissen ersetzt werden.

Bundesweit werden zunehmend Stammebelegschaften durch Leiharbeiter ersetzt. Diese müssen zu niedrigsten Löhnen die gleiche Arbeit verrichten. Wenn mit Arbeit immer weniger verdient wird, nimmt die Nachfrage ab und die Konjunktur wird geschwächt. Die Steuereinnahmen und die Einnahmen der Sozialversicherungen sinken. Durch niedrige Leistungen für Erwerbslose wird die Inlandsnachfrage ebenfalls geschwächt und ein Druck auf die Löhne aufgebaut.

Wir fordern eine gesetzliche Einschränkung der Leiharbeit. Leiharbeiter dürfen nur eingesetzt werden, um Spitzen in der Produktion abzubauen. Leiharbeiter müssen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie die Stammebelegschaft. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro (mindestens) bis 10 Euro (besser) muss für alle Branchen eingeführt werden. Um den Druck auf die Löhne zu senken, muss das Arbeitslosengeld I angehoben und die Bezugsdauer erhöht werden.

Während ein Teil der Bevölkerung unter hohem Arbeitsstress leidet, sind andere zum Nichtstun verdammt. In manchen Betrieben gibt es gleichzeitig Kurzarbeit und unbezahlte Überstunden.

Wir fordern eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden, sodass mehr Menschen einen Arbeitsplatz erhalten können. Unbezahlte Überstunden müssen eingeschränkt werden.

Viele Hartz IV Bescheide sind fehlerhaft. Den Berechtigten bleibt oft nur der Weg zum Sozialgericht, um ihre berechtigten Ansprüche geltend zu machen. Dieses Recht können sie aus finanziellen Gründen nur in Anspruch nehmen, wenn keine Gebühren erhoben werden. Der letzte Gewerkschaftstag unserer IG Metall hat auch beschlossen, dass keine Sozialgerichtsgebühren eingeführt werden sollen.

Wir fordern, dass keine Sozialgerichtsgebühren eingeführt werden. Im Übrigen sollten die Behörden angehalten werden, das Recht für die Betroffenen, und nicht gegen sie auszulegen.

Erwerbslosengruppe der IG Metall Bielefeld